StPO, dem StAG und dem GVG die Aufgaben, Befugnisse und Verantwortung der beteiligten Organe eindeutig bestimmt werden bzw. sind.

Im MfS wären dann auf der Grundlage eines Untersuchungshaftvollzugsgesetzes nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand der Autoren folgende innerdienstlichen Weisungen zu erlassen: Eine Dienstanweisung zur einheitlichen Durchsetzung und Organisation des Untersuchungshaftvollzuges im MfS, eine Hausordnung für Verhaftete, eine Besucherordnung, eine Anweisung zur Sicherung von Vollzugsmaßnahmen mit Verhafteten außerhalb der Untersuchungshaftanstalt sowie eine Effektenordnung.

Mit der Verabschiedung des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes wäre es objektiv erforderlich, eine Dienstanweisung für die Durchführung des Untersuchungshaftvollzuges im MfS zu erlassen, in der die Aufgaben und Verantwortung der Dienstseinheiten der Linie XIV für die Durchsetzung des Gesetzes über den Untersuchungshaftvollzug im MfS und für die Gewährleistung der Ziele der Untersuchungshaft im MfS bestimmt werden. Die Schlußbestimmungen des gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurfes sehen vor, daß die für den Vollzug der Untersuchungshaft zuständigen Minister die zur Durchführung des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes erforderlichen Bestimmungen erlassen. Die Erarbeitung einer Dienstanweisung für den Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Linie XIV ist auch deshalb erforderlich, weil die Dienstanweisung für den Dienst und die Ordnung in den Untersuchungshaftanstalten des Staatssekretariats für Staatssicherheit aus dem Jahre 1955 durch dienstliche Bestimmungen und Weisungen des Genossen Minister, wie zum Beispiel die "Gemeinsame Anweisung über die Durchführung der Untersuchungshaft - vom 22. Mai 1980" und den Befehl Nr. 6/71 "Ordnungs- und Verhaltensregeln für Inhaftierte in den Untersuchungshaftanstalten (Hausordnung)" zwar faktisch, aber nicht weisungsmäßig außer Kraft gesetzt wurde. Des weiteren ergibt sich die Notwendigkeit einer Dienstanweisung aus folgenden Gründen: